



Newsletter Arbeit, Wirtschaft und Häfen, Ausgabe 8, 29.01.2010

Leiharbeit: Systematische Tarifflicht gefährdet den sozialen Frieden

Reform der Jobcenter

Neue Themenseiten geben kompakten Überblick über grüne Politik

Liebe Leserinnen und Leser,

mit diesem Newsletter halten wir Sie über unsere politische Arbeit auf dem Laufenden. Aufgrund von häufiger auftretenden Problemen bei der Lesbarkeit des Newsletters haben wir uns entschieden, ihn künftig in dieser „einfachen“ Form zu verschicken. Zur gestalteten Version können Sie jederzeit über den jeweils angehängten Link gelangen.

Mit freundlichen Grüßen

Silvia Schön, Frank Willmann, Andrea Quick und Christine Möglin

Leiharbeit: Systematische Tarifflicht gefährdet den sozialen Frieden

Aus aktuellem Anlass haben Grüne und SPD eine Aktuelle Stunde in die Bürgerschaft eingebracht mit dem Titel „Konsequenzen aus dem Fall Schlecker ziehen: Leiharbeit nicht für Lohndumping und Abbau von Stammebelegschaften missbrauchen“. Silvia Schön, arbeitsmarktpolitische Sprecherin der grünen Bürgerschaftsfraktion, brachte es auf den Punkt: „Das ist systematische Tarifflicht und ist geeignet, das soziale Gefüge durcheinander zu bringen und den sozialen Frieden zu gefährden.“

Worum es geht: Die Zeitarbeitsbranche ist in den letzten Jahren zu einem wichtigen Marktteilnehmer geworden. So zeigte sich vor der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise, dass sie von Entleihbetrieben überwiegend zur Abfederung von Auftragsspitzen genutzt wurde, und sie hatte eine wesentliche Bedeutung für den Marktzugang von Arbeitslosen. Jedoch hatte auch zu diesem Zeitpunkt bereits ein Drittel der Unternehmen Leiharbeit für die strategische Unternehmensentwicklung genutzt – also den Abbau von Stammebelegschaften zugunsten von Leiharbeit.

www.gruene-fraktion-bremen.de

Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter haben weniger Schutz, weniger Rechte und weniger Einkommen, obwohl die EU-Leiharbeitsrichtlinie die Gleichstellung fest schreibt. Unternehmen entlasten sich von Lohnkosten so weit, dass Beschäftigte ergänzend Kosten zur Unterkunft und häufig auch Arbeitslosengeld II erhalten. Damit machen Unternehmen Lohnkosten faktisch zu Gemeinkosten, die die öffentlichen Haushalte belasten. Im Zuge der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise wird deutlich, dass Unternehmen die Leiharbeit in erheblich größerem Umfang für die strategische Unternehmensentwicklung nutzen. Mittlerweile gründen Unternehmen offenbar gezielt konzerneigene Leiharbeitsfirmen, in die sie Teile ihrer Stammebelegschaft zu deutlich schlechteren finanziellen und rechtlichen Bedingungen überführen.

Beispiel und Anlass für die Aktuelle Stunde ist der Konzern Schlecker. Er steht seit Wochen unter Druck, weil er für seine neuen XL-Filialen vor allem Leiharbeiter über die Zwickauer Leiharbeitsfirma Meniar beschäftigt. Statt Tariflöhnen von zwölf Euro werden laut Verdi nur sechs bis sieben Euro die Stunde gezahlt, statt sechs Wochen Jahresurlaub gibt es nur noch vier, Weihnachts- und Urlaubsgeld entfallen.

Silvia Schön führte weiter aus: „Die Wirtschaftswoche, sicher nicht das Zentralorgan zur Wahrung von Arbeitnehmerinteressen, hat in den letzten Wochen diese Entwicklung wiederholt sehr kritisch bewertet. Genannt werden diverse Branchen und Unternehmen, die systematisch ihre Stammebelegschaften zu Leiharbeitern machen, zu deutlich schlechteren Bedingungen. Es kommt vor im Einzelhandel, Verkehr, Chemie, Pflege, Medien und immer so weiter. Darunter finden sich offenbar die Deutsche Bahn genauso wie Gruner+Jahr, BASF und Pflegeeinrichtungen und viele mehr – alle mit konzerneigenen Leiharbeitsfirmen. Sie sind das Instrument, um Tariflöhne und Kündigungsschutz zu umgehen. Wir sagen nein zu der Entwicklung. Wir halten das für Missbrauch des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes.“

Die EU-Leiharbeitsrichtlinie wurde nur unzureichend in deutsches Recht umgesetzt; ein auf Basis eines Bürgerschaftsbeschlusses initiiertes Antrag Bremens im Bundesrat, der die Gleichstellung von Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern in Fragen von Gehalt, Schutz und Rechten mit den Stammebelegschaften regeln sollte, scheiterte an den CDU-regierten Bundesländern.

„Das ist für uns Grüne ein wichtiges Thema, zu dem wir neue Initiativen starten werden“, sagte Schön abschließend. „Wir wollen keinen Wilden Westen, wir wollen Zukunftschancen und weitgehende Sicherheit für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.“

Unsere Bundesratsinitiative zu Jobcentern

Am 12. Februar wird im Bundesrat ein Antrag der Länder Rheinland-Pfalz, Berlin und Bremen behandelt, der das Grundgesetz so ändern will, dass die bewährte Zusammenarbeit von Bund und Ländern in den Jobcentern verfassungsgemäß würde. Arbeitsministerin Ursula von der Leyen hat nun ihre Arbeitsentwürfe zur Neuorganisation der Trägerschaft im SGB II auf den Tisch gelegt. Offensichtlich ist, dass sie kein Interesse hat an einer Verfassungsänderung, sondern das Prinzip der

Hilfe aus einer Hand – also die wichtige Verzahnung von Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik – endgültig zerschlagen will und der Bundesagentur für Arbeit (BA) die Federführung überlassen will. Für die Arbeitssuchenden wird es zukünftig statt passgenauer und individueller Hilfe vor allem mehr Sanktionen geben.

Silvia Schön: „Auch das ist nicht verfassungskonform, denn wenn die BA jemanden nicht für arbeitsfähig erklärt, rutscht er ins SGB XII und die Leistungen gehen zu Lasten der Kommune. Wir bleiben dabei, dass eine Verfassungsänderung, mit der sowohl die gemeinsame Arbeit von der Bundesagentur für Arbeit und den Kommunen in den Jobcentern ermöglicht werden soll, der einzig sinnvolle Weg ist.“

Erste Bewertungen der grünen Bundestagsfraktion zu den Arbeitsentwürfen aus dem BMAS finden Sie im Anhang.

Zum Zeitplan: Läuft es nach den Vorstellungen des BMAS, dann soll am 04.06.10 das gesamte Verfahren in Bundestag und Bundesrat abgeschlossen sein.

Unseren Antrag zu den Jobcentern finden Sie als PDF im Anhang.

Verbesserung der ErzieherInnenausbildung

An die Kinderbetreuung werden mehr und mehr neue Anforderungen gestellt. Das liegt unter anderem daran, dass heute in den Kindertagesstätten ein großer Schwerpunkt auf Bildung gelegt wird, dass es mehr Kinder gibt, die einer Sprachförderung bedürfen und dass der familiäre Hintergrund der Kinder stärker in den Blickpunkt der Erziehungsarbeit gerät, die Fachkräfte also verstärkt mit den Eltern arbeiten müssen.

Um diesen Anforderungen begegnen zu können, muss auch die Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher verändert werden. Ein Antrag der rot-grünen Koalition dazu stand Donnerstag auf der Tagesordnung der Landtagssitzung. Darin wird der Senat aufgefordert, schon für das kommende Frühjahr ein Konzept zur Weiterentwicklung der ErzieherInnenausbildung vorzulegen. Unser Ziel ist es, die ErzieherInnenausbildung aufzuwerten und gute Übergänge ins Hochschulsystem zu schaffen.

Neue Themenseiten geben kompakten Überblick über grüne Politik

Die Homepage der Bürgerschaftsfraktion von Bündnis 90/DIE GRÜNEN wartet jetzt mit mehr Service auf: Die neuen Themenseiten bieten einen umfassenden Überblick zu grüner Politik. Einführungstexte zu rund 30 Themenfeldern der Fraktion verdeutlichen, was grüne Politik im Land Bremen ausmacht. Die Themen reichen von Arbeit und Bildung über Frauen und Klimaschutz bis zu Soziales und Wissenschaft. In jedem einzelnen Themenbereich sind die zuständigen AnsprechpartnerInnen aufgelistet, um den direkten Kontakt zu ermöglichen.

Zudem finden sich dort die dazugehörigen parlamentarischen Initiativen, Positionspapiere, Publikationen, Pressemitteilungen und Berichte. Ferner gibt es Links zu verwandten Themen. Eine Link-Cloud auf der Startseite zeigt den BesucherInnen, welche Themen bei anderen NutzerInnen gerade hoch im Kurs stehen. Schauen Sie sich die Themen-Rubrik einfach mal an: http://www.gruene-fraktion-bremen.de/cms/default/rubrik/17/17371.themen_az.html

AnsprechpartnerInnen für Nachfragen:



Silvia Schön, arbeitsmarktpolitische Sprecherin
silvia.schoen@gruene-bremen.de
(Tel.: 3011-231)



Frank Willmann, hafenpolitischer Sprecher
frank.willmann@gruene-bremen.de
(Tel.: 3011-210)



Andrea Quick, Referentin für Arbeit, Frauen und Gesundheit
andrea.quick@gruene-bremen.de
(Tel.: 3011-252)



Christine Möglin, Referentin für Wirtschaft, Finanzen, Häfen und Europa
christine.moeglin@gruene-bremen.de
(Tel.: 3011-247)

Sie möchten diesen Newsletter-Service nicht länger nutzen oder Ihre persönlichen Einstellungen ändern? Dann klicken Sie bitte hier:

<http://mail.gruene-mail.de/mailman/listinfo/arbeit-wirtschaft-haefen>

Für Inhalte externer Links und Publikationen übernimmt die Bürgerschaftsfraktion von *Bündnis 90/DIE GRÜNEN* keine Haftung.